

Die selbständigen Bundesstaaten unter dem gemeinsamen Indigenat für ganz Deutschland
gemäß Artikel 3 der Verfassung vom 16. April 1871

Administrative Regierungen unter der Chiffre des persistent objector, ius cogens = ius postliminii

Volksstaat Bayern

Freier Volksstaat Württemberg

Republik Baden

www.volksstaat-bayern.info

www.freier-volksstaat-wuerttemberg.info

www.bundesstaat-baden.info



An

die Russische Föderation, aktuell im Vorsitz des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
zur Kenntnis an

die alliierten Besatzermächte des 2. Weltkrieges

die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Genug ist genug – Zur Erinnerung – gegen das Vergessen
Die vergessenen Deutschen Völker!
Das vergessene Völkervertragsrecht!

Der Westen hält sich nicht an seine Abstimmungen – er hält sich nicht an seine im
Völkerrecht geschlossenen Verträge!

Exzellenzen,

„[...] Mit anderen Worten versuchen unsere westlichen Kollegen, dieses Schlüsselprinzip des Völkerrechts, das im euroatlantischen Raum abgestimmt wurde, sogar nicht zu ignorieren, sondern in Vergessenheit zu bringen.“ [...]

Quelle: Antwort des Außenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf eine Medienfrage nach Telefongespräch mit US-Außenminister Antony Blinken, Moskau, 1. Februar 2022
https://mid.ru/de/press_service/video/posledniye_dobavlnenniye/1796663/

„[...] „Wir werden auf ein ehrliches Gespräch und eine ehrliche Erklärung bestehen, warum der Westen seine Verpflichtungen nicht oder ausschließlich selektiv zu seinen Gunsten erfüllen will.“

Quelle: <https://de.rt.com/international/130881-telefonat-zwischen-lawrow-und-blinken/>

So, wie die tiefen Mächte des Westens heute gegen die Russische Föderation und dessen Verbündeten seine Zusagen in Vergessenheit bringen will, so werden die Deutschen Völker und zusammen mit ihnen das wahre, **souveräne Deutschland** unter dem Westen fast vollständig in Vergessenheit gezwungen.

Die westlichen Alliierten Siegermächte des 2. Weltkrieges setzten ihre Bundesrepublik Deutschland/Germany als Staatsfragment in den Rechten und Pflichten zur Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ein (Art. 133 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, auferlegt durch Besatzung am 23. Mai 1949). Dieses Grundgesetz trifft nur Aussagen zu seinem Geltungsbereich (des vereinigten Wirtschaftsgebietes), nicht aber zu einem Staatsgebiet als solchen.

Die unter Maßgabe der Alliierten geschaffenen Länder/Verwaltungseinheiten der Bundesrepublik/Germany, wie Freistaat Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland u.a., sind daher **nicht** die Rechtsnachfolger der selbständigen Bundesstaaten des Deutschen Reichs, denn die Länder wirken nur im Geltungsbereich des Grundgesetzes. Sie haben kein eigenes Staatsterritorium.

Die Sowjetunion lieferte im Jahre 1990 die mitteldeutschen Völker den tiefen Mächten des Westens an die eingesetzte Bundesrepublik/Germany aus.

Sie verwaltet bis heute mit ihren Hitler-Deutschen im Sinne ihres Grundgesetzes – über eine im 3. Reich verordneten Staatsangehörigkeit – große Teile der Gebiete des **wahren souveränen Deutschlands**. Durch ihre korrumpierte zentralistische Parteiendiktatur folgt die eingesetzte Bundesrepublik/Germany den alten Plänen der tiefen Mächte des Westens, welche seit dem Ende des 1. Weltkrieges implantiert wurden und bis heute umgesetzt werden. Die eingesetzte Bundesrepublik/Germany drückt die **souveränen Deutschen** und ihre Rechte am Grund und Boden ihrer angestammten, mehr als tausendjährigen Heimat in ihren selbständigen Bundesstaaten durch Propaganda, terroristische Angriffe und mit, für die Agitatoren bedeutungslosen Worthülsen, wie „Demokratie“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Würde des Menschen“, etc. gewaltsam in Vergessenheit.

Stetige Übung, implantierte Rechtsüberzeugung, Ausübung strikter Herrschaftsgewalt und offizielle internationale Anerkennung ließ aus dem ursprünglichen Staatsfragment der Alliierten Besatzer von 1949 einen ausufernden, willfährigen Handlungsbevollmächtigten der tiefen Mächte des Westens werden und sich als international anerkannter „Staat“ im Herzen Europas einnisten.

Die **souveränen Deutschen Völker** mit ihrer völkervertragsrechtlich unauflösbar garantierten Staatsangehörigkeit in ihren Bundesstaaten in Bayern, in Württemberg, in Baden usw., sollen unter dem Schwert des Staatsterrors, unter der Last der Normentstehung, durch Gewöhnung und durch Vergessen der weiterhin gültigen Verträge, letztendlich terminiert werden. Der eigene Grund und Boden mit den tausendjährigen Wurzeln der autochthonen Menschen wird ausgeblutet, verschandelt, verkauft, zerstört ...

... selbst die Opferung eines Kulturerbes, wie der Reinhardswald, auch bekannt als *Märchenwald der Gebrüder Grimm*, wird auf dem Altar des „Klimawandels“ hemmungslos vor den Augen der Weltöffentlichkeit vollzogen.

Bäume und Wälder, Flüsse und Seen, historische Städte und Dörfer, Gemeinden und Landkreise, Familien und Unternehmen, Wirtschaft und Vermögen, Kultur und Genie, Ehre und Moral, Menschen und Tiere – alles zerbricht unter der Last der gewollten Ausblutung durch die tiefen Mächte des Westens seit über 100 Jahren auf dem Boden des fast vergessenen **souveränen Deutschlands**.

Genug ist genug!

Erinnern wir uns, daß das Deutsche Reich, das **freie, souveräne Deutschland**, mit seiner Verfassung vom 16. April 1871 und seinen selbständigen Bundesstaaten mit ihren eigenen Verfassungen, und als Vertragspartner der Internationalen Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs von 1899 in Den Haag (Haager Landkriegsordnung, HLKO),

nicht untergegangen ist!

Verdeutlichen wir uns, daß die eingesetzte Bundesrepublik/Germany nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs mit seiner Verfassung vom 16. April 1871 ist und niemals sein kann!

Allein durch internationale Anerkennung, Normentstehung, Gewohnheit und Ausübung von staatlicher Herrschaftsmacht wird die eingesetzte Bundesrepublik/Germany niemals als Vertragspartner in diese Verträge eintreten können.

Gemäß eigener höchsten Rechtsprechung sieht sich die Bundesrepublik selbst als teildentisch zum völkerrechtswidrigen 3. Reich mit ihrem einheitlichen deutschen Staatsvolk, welches per Verordnung durch Gleichschaltung im Jahre 1934 von Adolf Hitler mit der einheitlichen *deutschen Staatsangehörigkeit* erschaffen und den **souveränen Deutschen** als „Sargnagel“ eingeschlagen worden ist.

Wir rufen die Russische Föderation an!

Wir erinnern an die Bindung und an die Verpflichtung der Vertragspartner an die HLKO.

Wir erinnern an den heiligen Auftrag und an die Verpflichtung aus dem errichteten System des Weltfriedens durch die UN-Charta.

Die Interessen der Ur-Einwohner der besetzten deutschen Hoheitsgebiete haben Vorrang vor einem ausufernden, willfährigen Handlungsbevollmächtigten der tiefen Mächte des Westens, seinen Helfern und Ortskräften!

Das Wohl dieser autochthonen Einwohner ist aufs äußerste zu fördern. Zu diesem Zweck besteht die Verpflichtung gegenüber den besetzten und vergessenen **souveränen Deutschen**

- a) den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt, die gerechte Behandlung und den Schutz dieser Völker gegen Mißbräuche unter gebührender Achtung vor ihrer Kultur zu gewährleisten.
- b) die Selbstregierung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen dieser Völker gebührend zu berücksichtigen und sie bei der fortschreitenden Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtungen zu unterstützen, und zwar je nach den besonderen Verhältnissen jedes Hoheitsgebiets, seiner Bevölkerung und deren jeweiliger Entwicklungsstufe.
- c) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen.

Im Februar [2022] wird Russland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat – einem der wichtigsten Organe der Vereinten Nationen, der laut seiner Charta besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und Sicherheit trägt - haben. [...]

Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats und verantwortungsvoller Teilnehmer der internationalen Gemeinschaft wird Russland alle notwendigen Anstrengungen zur Gewährleistung einer effektiven Arbeit dieses Organs zur Regelung der Krisen mit politisch-diplomatischen Mitteln und Aufrechterhaltung der globalen Stabilität unternehmen.

Quelle: https://mid.ru/de/foreign_policy/news/1796532/

Zur Aufrechterhaltung einer globalen Stabilität gehört **ein souveränes Deutschland, als ein wiederhergestellter, souveräner Vertragspartner der HLKO**. Dazu gehört die Aufnahme von Friedensverhandlungen/Friedensregelungen mit **allen** Vertragspartnern der HLKO! Den **souveränen Deutschen** und der internationalen Staatengemeinschaft wird dieser globale Friedensschluß seit 1918 von den tiefen Mächten des Westens vorenthalten.

Die sich in erlaubter völkerrechtlicher Reorganisation/Restitution befindlichen selbständigen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden sind ein unauflösbarer Teil des existenten ewigen Bundes und unauflösbaren Völkerrechtssubjekts Deutsches Reich mit seiner Verfassung vom 16. April 1871, wie die anderen 23 Bundesstaaten auch!

Die sich in erlaubter völkerrechtlicher Reorganisation/Restitution befindlichen selbständigen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden haben ihr eigenes, durch die HLKO geschütztes Staatsterritorium. Sie haben ihr eigenes Staatsvolk gemäß dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, § 1 Deutscher ist, wer **die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat** [...] besitzt.

Sie gehören nicht zur von den Alliierten Besatzermächten eingesetzten Bundesrepublik/Germany und nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ihres verwalteten Wirtschaftsgebietes.

Sie gehören nicht zu den unter Maßgabe der Alliierten geschaffenen Länder/Verwaltungseinheiten der Bundesrepublik/Germany. Sie beanspruchen, da akut unter feindlicher/kriegerischer Okkupation stehend, vielmehr von diesen Ländern/Verwaltungseinheiten (ohne eigene Staatsgebiete) **den völkerrechtlich zu garantierenden Schutz der UN-Charta!**

Die souveränen Deutschen Völker der sich in erlaubter völkerrechtlicher Reorganisation/Restitution befindlichen selbständigen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden sind autochthone deutsche Völker, die sich wider des Vergessens ihrer wichtigen völkerrechtlichen Rolle bewußt sind und **in persistent objection** stehen, gegen die eingesetzte Bundesrepublik/Germany mit ihrer völkerrechtswidrigen Normentstehung und mit ihrem einheitlichen Staatsvolk der Hitlerdeutschen im Sinne ihres Grundgesetzes mit ihren Ländern/Verwaltungseinheiten ohne eigene Staatsgebiete.

Zur Aufrechterhaltung und zur Festigung der globalen Stabilität und zur Beendigung der humanitären Katastrophe im Herzen Europas ersuchen

der Volksstaat Bayern

der Freie Volksstaat Württemberg

die Republik Baden

unter dem Dach des gemeinsamen Indigenats eines **souveränen Deutschlands**

die Russische Föderation,

nun im Vorsitz des UN-Sicherheitsrates, alle notwendigen Anstrengungen zur Regelung dieser mehr als 100-jährigen Krise im Herzen Europas mit allen politisch-diplomatischen Mitteln zu unternehmen.

Die tiefen Mächte des Westens haben ihre eingesetzte Bundesrepublik/Germany wieder abzuziehen – es besteht im Sinne des angestrebten Weltfriedens und der internationalen Sicherheit keine Notwendigkeit, die Besetzung und die Ausblutung des **souveränen Deutschlands** und seiner autochthonen Völker aufrechtzuerhalten oder fortzusetzen. Diese, durch die tiefen Mächte des Westens gewollte und in Vergessenheit gedrückte, humanitäre Katastrophe widerspricht allen völkerrechtlich legitimen Konzepten.

Eingehalten werden muß der heilige Auftrag und die Verpflichtung, im Rahmen des durch die UN-Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern. Der ewige Bund, die Verfassungen, die Rechtsordnungen und die Völkerrechtsverträge sind gültig, und die für alle Vertragspartner gültigen Verpflichtungen sind wieder einzuhalten.

Art. 43 (HLKO)

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt thatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, und zwar unter Berücksichtigung der Landesgesetze, sofern keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen.

Art. 55 (HLKO)

Der Staat, von dem die Besetzung ausgeht, betrachtet sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Anlagen, die dem feindlichen Staate gehören und in dem besetzten Gebiete liegen. Er ist verpflichtet, den Grundstock dieser Güter zu schützen und sie nach den Regeln des Nießbrauchs zu verwalten.

Art. 46 (HLKO)

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger, das Privateigentum, die religiösen Ueberzeugungen und die gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.

Art. 47 (HLKO)

Die Plünderung ist ausdrücklich verboten.

Mit militärischer Kraft kamen die Alliierten im 2. Weltkrieg nach Deutschland, beseitigten das Hitler-Regime und besetzten das bereits von den Nationalsozialisten okkupierte souveräne Deutschland.

Genug ist genug– Zur Erinnerung – gegen das Vergessen!

Mit allen politisch-diplomatischen Mitteln ist das besetzte und **souveräne Deutschland** mit seinen selbständigen Bundesstaaten wiederherzustellen und seinen autochthonen Völkern nach über 75 Jahren Besetzung und nach über 100 Jahren stetiger Ausblutung unter strikter Einhaltung der HLKO wieder zurückzugeben.

Für ein blühendes und sicheres Europa der autochthonen Völker und souveränen Staaten und für den Weltfrieden unter strikter Einhaltung der völkerrechtlichen Verträge.

Mit vorzüglicher Hochachtung

in völkerrechtlich gebotener Restitution/Reorganisation

Volksstaat Bayern

Verfassung vom 14. August 1919

Freier Volksstaat Württemberg

Verfassung vom 20. Mai 1919

Republik Baden

Verfassung vom 21. März 1919

im (historisch bedingten) Rechtsstand vom 12. August 1919,
im Gebietsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges,
Bestandteile des Deutschen Reichs/Deutschland mit der Verfassung vom 16. April 1871;
Gültigkeit der Reichsgesetze im Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges

am 17. Februar 2022



Wolfgang a.d.F.

Hauptstadt München
BdI 17-02-2022/034

Die Veröffentlichung erfolgt auf der Weltnetzseite unter: <https://volksstaat-bayern.info>



Henry K. a.d.F.

Hauptstadt Stuttgart
20220217

Die Veröffentlichung erfolgt auf der Weltnetzseite unter: <https://freier-volksstaat-wuerttemberg.info>

Reinhold Andreas a.d.F.

Hauptstadt Karlsruhe
22-02-17/1 BdA

Aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Dienstsiegel nach dem terroristischen Überfall am 27. Mai 2020 durch bewaffnete Milizen mit Emblemen der BRD ohne Siegel

Die Veröffentlichung erfolgt auf der Weltnetzseite unter: <https://bundesstaat-baden.info>

Fax, Letzte Übertragung

PAGE. 001/001

17.02.2022 02:08

Name : Poststelle

Fax :

Empf.-Nr. 740
 Empfangsdatum und -zeit 17.02.2022 00:51
 Starten /Fertigst. 17.02.2022 01:42 /17.02.2022 02:08
 Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.

Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob

Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
740	17.02	01:42	Send	004312633389	02:16	007/007	OK ✓N Wren
740	17.02	01:48	Send	00431260605899	00:00	000/007	Keine Ant
740	17.02	01:54	Send	003227888485	00:00	000/007	Keine Ant
740	17.02	02:01	Send	003225054620	00:00	000/007	Keine Ant
740	17.02	02:07	Send	02288152777	00:00	000/007	Besetzt



Bayern
 Ministerium für
 Innere Verwaltung
 www.bayern.de

Diplomatische Korrespondenz
 17-02-2022/2 864

Genug ist genug – Zur Bildung – gegen die Vergewaltigung
 Die vergewaltigten Deutschen Völkler – Das vergewaltigte Völkervertragsgesetz

Festhalten

Der Bericht des Ausschusses der administrativen Regierung des Staates nach einer Besichtigung der Bekleidungs- und Niederdruck- (auch im Rahmen des freien volkswirtschaftlichen Wettbewerb und der Qualität Baden mitzuteilen) mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Stellen zur Berücksichtigung der vorstehenden Punkte.

Mit vorzüglicher Einschätzung

Gegeben zu Ludwigshafen, am 17. Februar 2022



John Karl Lohde *u. J. F. Schmitt*

Nach der Vorlesung Notizen in Wien
 1040 Wien
 per Fax: +43 1 26 3 2333 (oder +43 1 26 900 2888)

Ulrich Karlson Bruns
 1040 Brunsel, Brunsel
 per Fax: +43 1 26 44 98 (oder +43 1 26 44 20)

Ulrich Bruns
 9-101115 Bruns
 per Fax: +43 228 815 2777

Volksrepublik Bayern / Deutsches Reich / Deutschland
 Bereich des Ausschusses, Johann Karl Lohde u. d. J. F. Schmitt
 Ober Poststraße in Ludwigshafen, A-68163 Ludwigshafen 9, Postfach Ludwigshafen